



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

### **EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aussetzen**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag

- verurteilt die im Rahmen des Ausnahmezustands verhängten repressiven Maßnahmen der türkischen Regierung gegenüber Oppositionsparteien, führenden Oppositionspolitikern und Parlamentariern sowie gegenüber Journalisten und politischer Aktivisten in Folge des gescheiterten Putschversuchs;
- verurteilt die von Präsident Erdoğan und der türkischen Regierung wiederholt getätigten Äußerungen zur Wiedereinführung der Todesstrafe;
- ist besorgt über die Situation der Personen, die nach dem Putschversuch verhaftet und inhaftiert worden sind, über die Entlassung von zahlreichen Staatsbediensteten und die schwerwiegenden Einschränkungen des Rechts auf freie Meinungsäußerung sowie der Presse- und Medienfreiheit in der Türkei;
- erinnert an die Verpflichtungen der Türkei als Mitglied des Europarats und im internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und Europaebene einzusetzen, dass die laufenden Beitrittsverhandlungen mit der Türkei bis auf Weiteres ausgesetzt werden.

### **Begründung:**

Die unter der Berufung des Ausnahmezustands getroffenen repressiven Maßnahmen der türkischen Regierung verstoßen gegen die demokratischen Werte, auf denen die Europäische Union beruht: Seit dem Putschversuch wurden zehn Mitglieder der HDP-Fraktion in der Großen Nationalversammlung der Türkei ebenso verhaftet wie etwa 150 Journalisten. Hinzu kommen 2.386 Richter und Staatsanwälte sowie 40.000 weitere Personen, von denen immer noch über 31.000 in Haft sind. Es sollen 66.000 Bedienstete suspendiert und 63.000 Bedienstete entlassen worden sein. Das Recht auf freie Meinungsäußerung sowie die Presse- und Medienfreiheit sind zudem erheblich eingeschränkt. Unabhängig davon plant die türkische Regierung die Wiedereinführung der Todesstrafe, die fundamental gegen die Prinzipien Europas steht. Vor dem Hintergrund dieser Gemengelage müssen die Beitrittsverhandlungen eingestellt werden. Es genügt dabei nicht, dass der Landtag eine Willensbekundung beschließt. Vielmehr muss die Staatsregierung sich auf Bundes- und Europaebene in diesem Sinne aktiv stark machen.